

**Weseler Bürgerinitiative  
„BETUWE-LINIE“- So nicht e.V.**

**Mitglied der Bundesvereinigung gegen Schienenlärm**

---

**Protokoll**

**der Jahreshauptversammlung am 28. April 2016  
in der Niederrheinhalle zu Wesel**

**Anwesend:** s. Anwesenheitsliste

**Beginn:** 19.30 Uhr

**Ende:** 21.30Uhr

**Tagesordnung:** s. Einladung

TOP 1

Der Vorsitzende Herr Bork begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Vertreter der Stadt und der Presse und Herrn Kück von der Kreistagsfraktion Bündnis 90 - die Grünen.

Herr Bork berichtet über die Vernetzung entlang der Ausbaustrecke Rotterdam-Basel und über die aktuelle Situation bei den Planfeststellungsabschnitten.

Er nimmt die Situation in Wesel in den Fokus:

- Weitgehend wird das dritte Gleis in Wesel auf der Ostseite der bestehenden Gleise verlaufen.
- Der Schallschutz wird 5m Höhe erreichen
- Insgesamt wurden 3500 Einwendungen aus Wesel gemacht, die bearbeitet werden. Danach werden sie mit der Bezirksregierung und der DBAG in Wesel erörtert. In 2017 ist damit zu rechnen.
- Auf der Grundlage dieser Erörterung wird der Planfeststellungsbeschluss vom Eisenbahn-Bundesamt gefasst, der einer Baugenehmigung gleichkommt.
- Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann geklagt werden.

Bericht zur Vorstandsarbeit:

Die BI hat eine Internetseite aufgebaut.

Gleichbehandlung aller Kommunen an der Ausbaustrecke ist die Grundforderung der BI.

Im letzten Jahr hat eine Zusammenkunft stattgefunden mit Bundesministerin Hendrix und dem MDB Dr. Krüger, bei der Unterstützung zugesagt wurde. Die BI wünscht sich noch mehr.

Die EU wurde angeschrieben, die Antwort war wenig zufriedenstellend.

Eine neue Resolution der anliegenden Gemeinden ist in Vorbereitung.

Von einer Veranstaltung der Stadt Düsseldorf erwartet die BI Fortschritte in Richtung Landesregierung.

Der Kassenbericht des Kassierers Helmut Trittmacher wird vorgetragen, ebenso wie der Bericht der Kassenprüfung durch Herrn Norbert Ackermann. Beides liegt dem Protokoll bei.

Es gibt keine Beanstandungen, H. Ackermann empfiehlt Entlastung des Vorstandes.

## TOP 2

Herr Zabel übernimmt die Versammlungsleitung. Es wird Entlastung des Vorstandes insgesamt beantragt, die einstimmig erfolgt.

## TOP 3 - Neuwahlen

- Gerd Bork wird einstimmig als Vorsitzender bestätigt.
- Frank Schulten wird in Abwesenheit einstimmig als Stellvertretender Vorsitzender wieder gewählt. Seine Einverständniserklärung liegt vor.
- Für das Amt des Kassierers wird Helmut Trittmacher wieder gewählt. Auch er kann nicht teilnehmen, hat sein Einverständnis aber mitgeteilt.
- Frau Hanne Eckhardt wird bei einer Enthaltung als Schriftführerin bestätigt.
- Als Beisitzer/in werden bei eigener Enthaltung wiedergewählt:  
Frau Ruth Freßmann  
Herr Horst Münnich
- Zu Revisoren werden die Herren Hermann-Josef Hermsen und Norbert Ackermann ernannt.

## TOP 4

Frau Lompa von der Anwaltskanzlei GTW führt zum Ablauf des Planfeststellungsverfahrens aus:

- Erster Schritt ist der Vorhabensantrag der DB.
- Im zweiten Schritt finden Anhörungsverfahren, Offenlage und Einwendungsfrist statt.
- In der aktuellen Phase wird eine Synopse erstellt, die voraussichtlich im 1. Quartal 2017 zur Stellungnahme zu den Einwendungen führt und die jeder Einwender schriftlich bekommt.
- Dann erfolgt der Erörterungstermin unter Teilnahme von DB und Bezirksregierung mit Informationen und Diskussionen mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung. Daraus resultiert der Feststellungsbeschluss. Eine Teilnahme am Erörterungstermin ist nicht verpflichtend, aber sinnvoll. Jedoch dürfen nur Einwender und Betroffene teilnehmen, wobei Betroffene, die keine Einwendung gemacht haben, kein Stimmrecht haben.

## TOP 5

Herr Bork empfiehlt dringend am Erörterungstermin teilzunehmen. Der Termin bietet auch Gelegenheit für die Erklärung schwieriger Sachverhalte.

Einwendungen, die in der Synopse nicht beantwortet wurden, sollten schriftlich angemahnt werden.

Das Mitglied van der Kuil, der direkt an der Bahnlinie wohnt, berichtet vom Besuch eines Notars, der Haus, Grundstück und Bäume darauf in Augenschein genommen hat. Er sollte einen Bericht anfordern.

Eine solche Begutachtung hat den Sinn, den Verkehrswert festzustellen, Ausgleichsmaßnahmen und Entschädigung, bzw. Enteignung zu planen. Es wird von den Anwälten empfohlen, einen neutralen Gutachter für den Grundstückswert zu beauftragen. Die Bahn versucht, so billig wie möglich an die benötigten Grundstücke zu kommen.

Auf die Frage, ob es ratsam sei, das erste Angebot der Bahn-AG abzulehnen, ergeht die Antwort, dass die DB ein angemessenes Angebot machen muss. Der Anwalt überprüft und beurteilt das Angebot.

Für den Verkehrswert ist der Zustand vor dem Ausbau ausschlaggebend. Wenn die Bewohnbarkeit nicht mehr gegeben ist, besteht Anspruch auf die Übernahme des gesamten Grundstückes.

Gegen den Feststellungsbeschluss gibt es die Möglichkeit der Klage, falls man nach ergebnisloser Verhandlung nicht mit dem Entschädigungsangebot einverstanden ist. Die Kosten für eine anwaltliche Vertretung richten sich nach Zeitaufwand und Vereinbarung, Stundensatz 200 €, Tagessatz 900 € + Mehrwertsteuer. Ob der private Rechtsschutz greift, hängt vom Vertrag des einzelnen Versicherten ab. Die Gerichtskosten hängen vom Streitwert ab, die bei verlorener Klage übernommen werden müssen. Bei gleichartiger Problemlage ist eine Sammelklage ratsam. Der Planfeststellungsbeschluss kann auch in Teilen angefochten werden.

#### TOP 6

Unsere BI steht in Kontakt mit den benachbarten Bürgerinitiativen.

Für Wesel gilt voraussichtlich der letzte Termin für die Planfeststellung. Die BI wird sich entsprechend darauf vorbereiten.

Eine Protestaktion macht nur dann Sinn, wenn sich Bürgerinitiativen zusammenschließen um mehr Masse auf die Straße zu bringen. Das wird schwierig. Die BI in Dinslaken hat sich z.B. aufgelöst.

#### TOP 7

Herr Bork fasst zusammen:

- In naher Zukunft wird im Rathaus Oberhausen eine Veranstaltung zur Sicherheit stattfinden in Anwesenheit der Bundestagsabgeordneten und der Feuerwehren. Für das Sicherheitskonzept müssten 40 Millionen eine Selbstverständlichkeit sein.
- Holland ist in dieser Beziehung ein beispielhaftes 1a-Vorzeigeobjekt. Die Elektrizität kann dort z.B. im Notfall von der Feuerwehr abgeschaltet werden. Das Sicherheitskonzept auf deutscher Seite ist dagegen nur zweitklassig.
- Die Bevölkerung muss laufend über die Entwicklung informiert werden.
- In Kürze wird der Landrat eine Konferenz zur Problematik einberufen.
- Herr Bork appelliert an die Mitglieder die Nachbarn zu aktivieren um gemeinsam stark zu sein.

gez. Gert Bork  
( 1. Vorsitzender )

gez. Hanne Eckhardt  
(Schriftführerin)